

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dr. Anke Frieling, Richard Seelmaecker, Dennis Thering,  
Stephan Gamm, Prof. Dr. Götz Wiese (CDU) und Fraktion**

**zu Drs. 22/11298**

**Betr.: Hamburgs Studierende müssen umgehend vom vergünstigten  
Deutschlandticket profitieren!**

Ab dem 1. Mai 2023 soll das vom Bund beschlossene Deutschlandticket kommen. Für bestimmte hvv-Nutzer wird das Deutschlandticket sogar noch günstiger. „Deutschlandticket und HVV Profiticket sind kombinierbar“, kündigte der grüne Verkehrssenator Dr. Tjarks an. Demnach werde das 49-Euro-Ticket für 200.000 Hamburger Arbeitnehmer zu einem 34,30-Euro-Ticket. Sofern der Arbeitgeber 25 Prozent des Ticketpreises übernimmt, gibt der Staat weitere 5 Prozent hinzu, woraus sich der Sparpreis von 34,30 Euro ergibt. Doch dies gilt nicht für Studierende. Sie profitieren weder von einer Vergünstigung wie Arbeitnehmer noch von einer Rabattierung wie Menschen, die Sozialleistungen des Bürgergeldes beziehen, sowie Asylbewerberinnen und Asylbewerber. Diesen unfairen Zustand hatte die CDU-Bürgerschaftsfraktion bereits im Dezember 2022 identifiziert und bemängelt.

Deshalb hatte die CDU-Bürgerschaftsfraktion den Senat bereits im Dezember 2022 in einem Antrag (Drs. 22/10080) dazu aufgefordert, auch Studierenden in Hamburg ein vergünstigtes Ticket anzubieten. Dieser Antrag wurde von Rot-Grün ansatzlos abgescmettert. So verstrichen wertvolle Monate, in denen Lösungsansätze hätten ausgearbeitet werden können. Und so mäanderte der Senat kopf- und planlos weiter vor sich hin, während Studierende völlig im Dunklen über die Verknüpfung verschiedener Tickets gelassen wurden.

Vier Monate später nun die Einsicht, dass Studierende, wie von der CDU-Bürgerschaftsfraktion vorgeschlagen, doch eine Vergünstigung bekommen sollen. Rot-Grün möchte eine „Upgrade-Option“ für Studierende schaffen – der Gesamtpreis bleibt dann immer noch bei 49 Euro pro Monat. Deutlich mehr, als vergleichbare Bevölkerungsgruppen sowie große Teile der Arbeitnehmerschaft in Hamburg für das Ticket zahlen werden. Darüber hinaus ersuche man den Senat, „sich auf Bundesebene für ein im bundesweiten Rahmen einheitliches Angebot einzusetzen, das den Studierendenschaften und Hochschulen die Abnahme von Deutschlandtickets im Solidarmodell (innerhalb des bestehenden Semestertickets) für alle ihre Studierenden zum monatlichen Preis von etwa 30 Euro ermöglicht“. Nichts als leere Versprechungen, denn schon bei der Auszahlung der Energiepreispauschale hat die von Rot-Grün getragene Ampel völlig versagt.

Wie von der CDU-Bürgerschaftsfraktion bereits vor Monaten gefordert, müssen Hamburgs Studierende sofort Zugang zum vergünstigten Deutschlandticket erhalten. Der Hamburger Senat muss selbst sicherstellen, dass es nicht zu drastischen Preisabweichungen zwischen unterschiedlich benachteiligten Bevölkerungsgruppen kommt, und hier für Studierende Klarheit schaffen!

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. Hamburgs Studierenden schnellstmöglich Zugang zum vergünstigten Deutschlandticket zu gewähren, der in der Höhe mindestens der angedachten Sozialrabattierung für andere geförderte Gruppen entspricht;
2. diese Rabattierung dauerhaft anzubieten;
3. der Bürgerschaft bis zum 31. Oktober 2023 zu berichten.